Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner  Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 27. November 1878. Nr. 556.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 26. November.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministertisch: Justizminister Dr. Leonhardt und eine Reihe von Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verwendbarkeit der unter Nr. 6 im § 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1874 für den Bau der Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade nebst Zechenbahnen.

Abg. Dr. Hammacher befürwortet einen Antrag, wonach von den bewilligten Eisenbahncrediten außer der Dortmund-Oberhausener Bahn zur Herstellung von Bahnverbindungen mit Zechen ꝛc. auf der Dortmund-Welverer Bahn berücksichtigt werden solle.

Abg. Berger wünscht Auskunft darüber, ob in den mit den Etablissements abgeschlossenen Verträgen auch die Bestimmung enthalten sei, derzufolge der Staat sich das Recht auf Ankauf der Bahnverbindungen vorbehalte.

Regierungs-Kommissar, Geh. Rath Frölich kann eine bestimmte Auskunft hierüber nicht geben; die Regierung werde aber bemüht sein, eine derartige Bestimmung in die Verträge aufzunehmen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf mit dem Antrag Hammacher genehmigt.

II. Erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfes wegen anderweitiger Fassung des § 41 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz.

Die neue Fassung lautet: „Der richterliche Beamte wird aus den am Sitze der Deputation ein richterliches Amt bekleidenden Personen, der Verwaltungsbeamte aus den am Sitze der Deputation fungirenden etatsmäßigen Mitgliedern der Regierung oder des Polizeipräsidiums zu Berlin, beziehentlich der Landdrostei, oder aus der Zahl der dem Oberpräsidenten beigeordneten Räthe für die Dauer ihres Hauptamtes am Sitze der Deputation von dem Könige ernannt."

Auf den Antrag des Abg. Frenzel (Gumbinnen) werden die Worte: „oder des Polizeipräsidiums zu Berlin" gestrichen; im Uebrigen aber die neue Fassung genehmigt.

III. Erste Berathung des Entwurfs einer Hinterlegungs-Ordnung.

Auf den Antrag des Abg. Köhler (Göttingen) geht die Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

IV. Verlesung der nachfolgenden Interpellation des Abg. Frhrn. v. Schorlemer-Alst und Genossen:

„Der Unterzeichnete richtet an die Staatsregierung die Frage: ob dieselbe gewillt ist, im Bundesrathe des deutschen Reiches gesetzgeberische Maßregeln gegen den überhand nehmenden Wucher zu beantragen, welche auf: 1) Wiedereinführung von Zinsbeschränkungen; 2) Wiedereinführung der civilrechtlichen Unverbindlichkeit wucherischer Rechtsgeschäfte und Strafbarkeit des gewerbsmäßigen Betriebes sowie der Verschleierung solcher Geschäfte; 3) Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit, gerichtet sind."

Justiz-Minister Dr. Leonhardt erklärt sich zu der Beantwortung der Interpellation sofort bereit.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Ich habe geglaubt, diese Interpellation gleich am Beginn der Session einbringen zu müssen, um der wachsenden Noth auf diesem Gebiete so schnell als möglich entgegentreten zu können. Ich könnte meine Begründung in den Satz zusammenziehen: „Der Nothschrei aus Stadt und Land." — Ich will mich aber hierauf nicht beschränken, sondern auf die Entstehungs-Geschichte der Verordnung vom 12. Mai 1866 und der Gesetzesvorlage vom 14. März 1867 näher eingehen, durch welche die sogenannten Wuchergesetze beseitigt wurden. Es mochte damals die Absicht ja eine gute sein. Die Einen folgten der doktrinären Auffassung von der freien Bewegung, von der freien Konkurrenz, die Anderen mochten wirklich glauben, daß es sich um einen Nothstand handelte. Zu den Letzteren gehörte auch der Handelsminister Graf Itzenplitz, der — wie Redner aus dessen Rede näher darlegt — unter Zustimmung eines großen Theiles dieses Hauses bei Begründung der erwähnten Vorlage auf den durch die Wuchergesetze hervorgerufenen Nothstand verwies. Graf Itzenplitz, von dem man nicht weiß, ob er damals noch konservativ war (Heiterkeit), hat gewiß in gutem Glauben so gesprochen; heute drängt sich ein gewisses Lächeln, ein Achselzucken auf, wenn man eine so schwerwiegende Vorlage mit solchen Gründen vertheidigen hört. Herr Reichensperger wies aber schon damals darauf hin, daß die Aufhebung der Wuchergesetze zweifellos eine Uebermacht des Kapitals zur Folge haben werde. Die Erhöhung des Zinsfußes würde nicht die Interessen der arbeitenden Klassen fördern, sondern schwer schädigen; das Kapital würde zur schrankenlosen Alleinherrschaft gelangen. — Die damaligen Absichten mögen gut gewesen sein, heute sind sie den Thatsachen gegenüber nicht mehr haltbar. Diese Thatsachen sprechen so laut, daß ich kaum nöthig habe, auf die Details solcher wucherischen Geschäfte näher einzugehen. Die Vorgänge im Eisenacher Oberlande sind keine singularen Erscheinungen Sie finden sie in Westfalen, Sachsen, Schlesien und Posen ganz ebenso. Ich darf sagen, von Stadt und Land, vom Bauern- und Bürgerthum ergeht ein Nothschrei zur Abhilfe. Redner beleuchtet nunmehr das Gesagte an den gegenwärtigen wirthschaftlichen Erscheinungen und geht näher auf die Bedrängnisse der Landwirthe ein. Die Lage derselben sei eine recht traurige. Aber alle Wurzeln der produktiven Thätigkeit unserer Nation seien angefressen. Die Geschäfte gingen von Tag zu Tag zurück, Landwirthschaft wie Gewerbe müsse zum Kredit seine Zuflucht nehmen und dem Wucher wird Gelegenheit gegeben, die Leute auszubeuten. Der Handwerker, der kleine Beamte, der Lehrer, der Arbeiterstand ist vielleicht noch schlimmer daran, als der kleine Landwirth, denn nach mir zugegangenen Nachrichten befinden sich diese Kategorien in Berlin in einer Schuldenlast von nahezu 3 Millionen. Auch möchte ich auf den ausgezeichneten Bericht aufmerksam machen, den Abg. Jacobi Namens der Petitions-Kommission erstattet hat, aus dem Sie ersehen werden, daß die Rückkaufsgeschäfte in Berlin bereits auf mehrere Hundert, vielleicht auf Tausend angewachsen sind. Ich habe aus dem Bericht ferner ersehen, daß der Zinsfuß bei diesen Ehrenmännern zwischen 60 bis 100 Prozent beträgt, aber häufig auch bis 200 steigt. Es war gesagt worden, daß in Berlin Derjenige, der 6 Prozent Zinsen nimmt, als ein Wucherer nicht gilt, der Wucher beginnt erst bei 200 Prozent (Widerspruch). Dieser Bericht zeigt wenigstens, daß der allgemeine Satz von der Beschränkung der Freiheit nicht überall gilt, denn die Kommission hat einstimmig beschlossen, die Petitionen wegen anderweiter gesetzlicher Regelung der Rückkaufsgeschäfte der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die von mir vorbezeichneten Kategorien der weniger bemittelten Volksklassen befinden sich in der Lage, solche Anleihen lediglich zu konsumtiven Zwecken zu machen und darin liegt der entscheidende Moment und wird wohl Niemand im Zweifel sein, daß Darlehen zu konsumtiven Zwecken einen großen Zinsfuß nicht ertragen können. Anders ist es mit solchen zu produktiven Zwecken; der Kaufmann, der Fabrikant kann, wenn er 20 Prozent daran verdient, vielleicht 15 Prozent zahlen. Als das Gesetz vom 14. März 1867 erlassen wurde, damals wurde die Hoffnung ausgesprochen, es würde der Wucher erheblich abnehmen und der Zinsfuß allgemein niedriger werden. Beide Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Der Wucher ist gestiegen und der Zinsfuß ebenfalls. Was aber noch schlimmer ist, das allgemeine Rechtsgefühl ist durch die Beseitigung der Wuchergesetze schwer beleidigt dadurch, daß die Ausbeutung der Noth vom Gesetze unterstützt wird. Dem Wucherer muß sein Recht werden, wo alle Welt dasselbe als Unrecht anerkennt. Der Staat muß seine Hand dazu hergeben, um den Wucherer in der Ausbeutung der Noth zu schützen. Und, meine Herren, können wir denn vergessen, daß der Wucher in seinen Opfern fort und fort der Sozialdemokratie neue Rekruten zuführt? Man sagt nun auch, es sei in unserer Zeit nicht zulässig, daß man die Freiheit der Bewegung so beschränkt. Ja, meine Herren, giebt es denn ein Staatswesen noch außer uns, wo die Beschränkung der Freiheit, die Bevormundung so stark ist, wie bei uns, die Bevormundung auf religiösem, sozialem und auch auf gewerblichem Gebiete? Eine große kommunale Korporation ist noch nicht einmal im Stande, eine kleine Anleihe ohne Genehmigung der Staatsregierung aufzunehmen. Da sollte man sich denn doch nicht sträuben, die Bevormundung da eintreten zu lassen, wo es sich um den Schutz gegen Druck und Schädigung der Nothleidenden handelt. (Sehr richtig! im Centrum.) Aber die Aufhebung der Wucherfreiheit wäre ein Schlag in's Wasser, wenn man nicht die allgemeine Wechselfähigkeit zugleich beseitigen wollte. In dieser allgemeinen Wechselfähigkeit liegt die große Gefahr für alle diejenigen, welche vom Wechselrecht nichts oder doch sehr wenig verstehen. Ich weiß wohl, daß man mir mit dem Zorn derer drohen wird, denen ich das Wechselrecht entziehen möchte. Diese Drohung schreckt mich aber nicht. Ich kenne auch die betheiligten Kreise und weiß, daß die Meisten aus denselben gern einem so gefährlichen Privilegium entsagen. Ich hoffe, daß die Regierung meine Fragen in ausreichender Weise beantworten wird. Im anderen Falle würde ich im Reichstage meine Interpellation erneuern und mit meinen Freunden Schritte thun müssen, um von unserem Lande einen Schaden abzuwenden, der zugleich eine Schande für dasselbe ist.

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich bedauere, eine präcise Antwort auf diese Fragen mit Ja oder Nein nicht geben zu können. Einer solchen Antwort müßte eine umfassende Untersuchung der Materie vorangehen, die viele Zeit in Anspruch nimmt, aber nicht versäumt werden darf, will man die Mittel wirklich herausfinden, welche dem unbestrittenen Mißstande abzuhelfen geeignet sind. Die Regierung wird jedenfalls nach wie vor (Rufe: „vor!") mit lebhaftem Interesse diesen Gegenstand verfolgen.

Auf den Antrag des Abg. Mayer (Breslau) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg Dr. Mayer (Breslau) erkennt in der Interpellation den ersten aggressiven Verstoß gegen die ganze liberale Gesetzgebung der letzten zehn Jahre; dieser reaktionären Strömung müsse die liberale Partei entgegentreten. Die Darstellung des Herrn Interpellanten erinnere lebhaft an jenen Ausspruch: Unter dieser Darstellung vergesse ich den ganzen Krieg. Die Darstellung war so gehalten, als habe man 1866, ohne besonderen Zwang von außen, unvermittelt und unvorbereitet, die Zinsbeschränkungen aufgehoben. Das Verdienst dieser Aufhebung ist leider nicht den Liberalen zuzuschreiben, es war vielmehr ein konservatives Ministerium, welches die Wuchergesetze aufgehoben hat und will Herr von Schorlemer den früheren Minister Grafen Itzenplitz nicht als konservativ anerkennen, so wird er eine Ausnahme wohl mit dem Grafen Lippe machen, und dieser hat jene Regierungsvorlage in einer Weise vertreten, daß ich zur Abweisung der Ausführung des Interpellanten die Rede des Grafen Lippe nur zu verlesen brauchte. Der Redner giebt sodann einen historischen Ueberblick über den Verlauf der Wuchergesetzgebung. Die Wuchergesetze seien überhaupt nicht abgeschafft, sie seien selbst ineinandergebrochen, unter der Last und der Wucht der Umstände. Die Verordnung vom 12. Mai 1866 habe noch die große Bedeutung, daß Preußen damals erkannt habe, es müsse, um die Führung in Deutschland zu erringen, mit den liberalen Ideen Ernst machen, mit den Liberalen im Lande Frieden schließen. Gegen den Wucher und die wucherische Gesinnung an sich erklärt sich der Redner ebenfalls und giebt die Bereitwilligkeit seiner Fraktion (der nationalliberalen) zu erkennen, auf eine Untersuchung der Reform der Gesetzgebung über den Wucher einzutreten, wenn er sich auch keine großen Erfolge davon verspricht, die einfachen Wiederbelebungs-Versuche der aufgegebenen Wuchergesetze seien unmöglich.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) kann sich im Großen und Ganzen den Ausführungen Schorlemer's anschließen. Die Gesetze seien dazu da, die Schwachen, die Minorität, vor dem Uebergriff des Starken zu schützen. Leider sei das Gegentheil der Fall. Das Gesetz gebe dem Richter das Recht, den Wucherer zu schützen, daß er sein Opfer gründlich aussaugen könne. Wenn für Beseitigung der Wuchergesetze von konservativen Rednern gesprochen worden, so seien es freikonservative gewesen und es sei ja bekannt, daß der Unterschied zwischen freikonservativ und nationalliberal nur darin bestehe, daß die erstgenannten Minister werden wollen, die Nationalliberalen nicht. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß erklärt sich Redner mit dem Interpellanten zwar einverstanden, daß ohne gleichzeitige Beseitigung der allgemeinen Wechselfähigkeit eine Aufhebung der Wucherfreiheit unwirksam sein würde, man müsse Beides mit einem Schlage beseitigen.

Abg. Dr. Braun: Die Interpellation betreffe einen Gegenstand, der eigentlich in den Reichstag gehöre. Wäre er in der Lage des Justizministers gewesen, so hätte er Herrn von Schorlemer nur geantwortet, er möge doch einmal selbst den Versuch machen und ein Gesetz ausarbeiten, welches Abhülfe schaffen könnte. Wenn Sie Alles verbieten wollten, was Schaden anrichten könnte, dann müssen Sie auch Messer und Gabel verbieten. (Oho! Au! Au!) Meine Herren, ich bin mit solchen unartikulirten Lauten noch nicht beehrt worden. (Heiterkeit.) Wie wollen Sie denn dokumentiren, wenn Sie die allgemeine Wechselfähigkeit aufheben wollen. Wollen Sie etwa ihnen einen rothen Strich anmalen? (Oho! Oho!) Aus gleichen Gründen müssen Sie ja auch die allgemeine Wehrpflicht aufheben, denn es giebt ja beim Militär auch Starke und Schwache. (Widerspruch.) Wer solche alten Zustände wieder herstellen will, mit dem unterhalte ich mich nicht darüber, ob die Wiederherstellung möglich ist, sondern antworte ihm nur: Non possumus! In dem jetzigen Zustand wollen Sie mittelalterliche Zustände wieder herstellen? Was erreichen Sie damit? Sie verscheuchen das ausländische Kapital und nehmen unserem Geschäftsleben die Solidität. Bei den Namen, welche unter der Verordnung vom 12. Mai 1866 stehen, welche die Wuchergesetze aufhebt, befanden sich nur Namen, welche konservativen Personen angehören: Wenn Herr von Schorlemer dies nicht gelten lassen wolle, so wolle er an einen früheren Antrag der damaligen Abgg. von Bethmann-Hollweg, von Kardorff, Graf von Bethusy-Huc erinnern, welcher verlangt, den Grundbesitz von dem privilegium odio um der Beschränkung des gesetzlichen Zinsfußes zu befreien. Herr von Meyer sagt zwar, die Freikonservativen seien keine Konservativen, sondern nur verkappte Nationalliberale. Gut, ich lasse mir diese Bundesgenossenschaft gefallen und hätte nur gewünscht, daß wir während der letzten Wahlen dementsprechend auch vor den Angriffen der „Post" und anderer Organe gesichert worden wären. Wenn Herr von Schorlemer den höheren Zinsfuß verbieten will, dann möge er doch lieber gleich das Zinsnehmen verbieten, wie es das kaufmännische Recht gebietet. Das dürfte aber bei unseren heutigen Verhältnissen nicht gut möglich sein. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als zu erklären: Non possumus!

Abg. Reichensperger ist der Ansicht, daß die Frage sachlich und nicht in der Art der Kauserie, wie Abg. Braun gethan, zu behandeln ist. Dem Abg. Braun müsse er entgegnen, derselbe habe seine kanonischen Studien wohl nicht weit fortgesetzt (Heiterkeit), denn sonst müßte er doch wissen, daß jenes Verbot, Zinsen zu nehmen, nur für Kleriker ergangen sei. Wenn Herr Braun meine, alle Kulturstaaten haben die Wuchergesetze abgeschafft, so müsse er wohl übersehen haben, daß sich unter uns im deutschen Reiche die Elsaß-Lothringer befinden, welche die französischen Beschränkungen des Wuchers heute noch haben, die aufzuheben weder der Regierung noch irgend einer Partei eingefallen sei. Und habe denn nicht in den österreichischen Parlamenten in den letzten Monaten sich eine ungeheure Mehrheit für die Beschränkung des Zinsfußes ausgesprochen? Auch bei uns werde sich einst zeigen, daß Land und Leute Recht suchen und endlich Recht finden auch gegen solche Abgeordnete, die für den Nothschrei des Volkes kein offenes Ohr haben. (Widerspruch. Unruhe links.)

Abg. Hundt von Hafften führt unter großer Heiterkeit des Hauses die Schuld an dem überhand nehmenden Wucher in der Provinz Posen auf die Verbindung des Ultramontanismus mit dem Polonismus zurück. Auch die vielen katholischen Feiertage seien an dem überhand nehmenden Wucher schuld, man müßte diese einschränken, dann würden die Zustände sich auch von selbst bessern.

Abg. v. Wedell-Malchow: Er bedauere, daß die Antwort seitens der Regierung nicht ganz befriedigt habe, er habe jedoch das Vertrauen zur Regierung, daß sie die Sache im Auge behalten werde. Er müsse sich entschieden im Sinne der Interpellation aussprechen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) bedauert, daß der Justizminister nicht ein entschiedenes „Nein" der Interpellation entgegengesetzt habe, damit man außerhalb des Hauses genau wisse, woran man sei. (Zustimmung links.) Die ganze Interpellation sei weiter nichts als ein Wahlmanöver. (Oho!) Man habe diese Frage in einer gewissen Presse schon vielfach besprochen und in schamloser Weise habe man in Hetzartikeln von einem „jüdischen Wucher" gesprochen. Die Sache gehöre gar nicht hierher, sondern in den Reichstag. Herr Reichensperger habe es sogar gewagt, der liberalen Seite zuzurufen: Sie haben kein Herz für die Noth des Volkes! Hieraus ersehe man die Tendenz der Interpellation. Die Sache sei eine Thorheit und eine Thorheit werde nicht vernünftig, daß sie von einem vernünftigen Manne vorgetragen werde. (Lachen.) Den Wucher an und für sich verdamme jeder sittliche Mensch, aber man müsse den Wucher vom Zins unterscheiden. Die katholische Kirche unter Papst Benedict XIV. habe aber auch den Zins verdammt, wolle das Herr von Schorlemer auch? Redner beleuchtete sodann ausführlich die wirthschaftliche Lage der Gegenwart und ist der Ansicht, daß die wirthschaftliche Nothlage noch eine viel größere gewesen, wenn wir eine Zinsbeschränkung gehabt hätten. Redner schließt mit der Aufforderung, dieser populären Stimmung nicht nachzugeben, so sehr man auch sonst geneigt sein möchte, populären Stimmungen entgegenzukommen.

Abg. Schröder-Lippstadt verwahrt sich dagegen, daß, wenn er von den Juden spreche, er dabei die Konfession im Auge habe. Es seien aber die Juden ein fremder Stamm, ein fremdes Volk, eine Gesellschaft mit besonderen Gewohnheiten, mit besonderen Anschauungen. Die Gewohnheiten der Juden hätten namentlich für die vorliegende Frage eine große Bedeutung. Ich persönlich liebe die Juden außerordentlich und interessire mich für diesen Stamm, der unter uns lebt (Heiterkeit). Wo findet man neben so vielen Häßlichkeiten so viel typischberückende Schönheiten, wie bei den Juden? (Große Heiterkeit.) Die frühere Gesetzgebung selbst hat Wucher und Juden niemals von einander getrennt; Wucher und Juden standen stets nebeneinander. Erst die neuere Gesetzgebung habe hierin eine Aenderung herbeigeführt. Von einem Haß gegen die Juden könne daher niemals die Rede sein, wenn man sie mit dem Wucher in Verbindung bringt. Redner erkennt an, daß die gesetzliche Regelung dieser Frage große Schwierigkeiten bereite, aber er und seine Freunde seien bereit, sich an diesen Arbeiten zu betheiligen. Leider sei es Mode geworden, die Centrumsfraktion von solchen Arbeiten abzuhalten. Man hält sie namentlich auf wirthschaftlichem Gebiete für zu grün. Herr Windthorst habe auch nicht unterlassen können, die Interpellation hinzustellen als ein einfaches Wahlmanöver. Nun, er könne ihn versichern, daß das Centrum solcher Manöver nicht bedürfe, die Männer desselben würden doch gewählt. Der Vortheil des Centrums bestehe auch darin, daß da, wo es gewählt wird, auch stark gewählt wird (Heiterkeit). — Es möge ja das Wuchergesetz im Prinzip falsch sein. Aber man möge doch wirthschaftliche Fragen von politischen Fragen trennen. In politischen Fragen habe man das Prinzip so oft durchbrochen, in wirthschaftlichen Fragen, wo es schädlich ist, halte man es dagegen aufrecht. Redner macht noch darauf aufmerksam, daß der Fürst Bismarck, der es fertig gebracht, in politischen Dingen sich eine Majorität gegen das Centrum zu verschaffen, es in wirthschaftlichen Dingen leicht dazu bringen könnte, mit Hilfe des Centrums die Nationalliberalen zu Paaren zu treiben und schließt mit der Drohung, daß die vorliegende Interpellation aus rein praktischen Gründen hervorgegangen, weil man nach Aufhebung der Wuchergesetze die daraus erwachsenen Früchte erkannt habe.

Justizminister Dr. Leonhardt bittet, aus seiner Erklärung keine Schlüsse zu ziehen. (Große Heiterkeit.) Seine Erklärung sei ganz indifferent gewesen, und sollte es auch sein. (Heiterkeit.) Er hätte die Interpellation einfach ablehnen können, einmal aus Rücksicht auf die nicht glückliche Fassung und dann, weil die Angelegenheit eigentlich in den Reichstag gehöre. Die Regierung habe aber geglaubt, die Beantwortung nicht abzulehnen, um nicht dem Verdacht Raum zu geben, als habe sie für den Gegenstand nicht das erforderliche Interesse, wenn sie aber eine Erklärung abgeben wollte, so konnte das in keiner anderen Weise geschehen, als es geschehen ist. Wenn die Regierung sich nicht dem Vorwurf einer leichtfertigen Erklärung aussetzen wollte, so mußte sie erklären, daß die Frage einer sehr umfassenden Prüfung bedarf, und daß diese eine bedeutende Arbeit verursacht.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Gegenstand verlassen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. November. In seiner heutigen dritten Sitzung beschäftigte sich der Parteitag der Parteitag der deutschen Fortschrittspartei mit dem Entwurf eines Organisationsplanes. Die Debatten hatten heute für die Partei mehr Bedeutung als beim Programmentwurf, weil da Erfahrungen aus der Wahlpraxis, Beobachtungen aus dem Vereinsleben und in der Parteiagitation zum Austausch kamen. Trotz der gleichzeitig stattfindenden, äußerst wichtigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war doch der Parteitag stark besucht, waren die Verhandlungen sehr lebhaft. Die ersten 7 Punkte des Organisationsentwurfs wurden nach den Vorschlägen des Centralcomités angenommen.

Ausland.

Paris, 25. November. Das an den Grafen de Mun anläßlich seiner letzten Kammerrede gerichtete Glückwunschschreiben des Grafen Chambord wird von den legitimistischen Organen an der Spitze des Blattes als ein Manifest des „Roy" abgedruckt und soll zur Beeinflussung der Senatswahlen im ganzen Lande verbreitet werden. In republikanischen Kreisen hörte ich die Ansicht aussprechen, daß diese offene Entfaltung des ultrareaktionären und ultramontanen Banners im Lande nur günstige Wirkung ausüben könne

Die Nachricht von zahlreichen in Rom anläßlich der Ankunft des Königspaares erfolgten Verhaftungen wird durch Mittheilungen der hiesigen italienischen Botschaft bestätigt. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Telegramm aus Rom, nach welchem, kurz ehe der königliche Eisenbahnzug Caserta passirte, anscheinend von den Internationalisten auf die Schienen gelegte Dynamitpatronen gefunden worden sein sollen. Mehrere Telegramme aus Rom erwähnen das Gerücht, daß das Kabinet ein Entlassungsgesuch eingereicht habe, daß der König Humbert dasselbe aber nicht vor einem entscheidenden Votum der Kammer annehmen wolle.

London, 25. November. Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist den Engländern die Einnahme der kleinen afghanischen Festung im Khyberpasse bei Alimusjid gelungen. — Der Berichterstatter der „Daily News", Archibald Forbes, meldet im Anschluß an sein auch von uns wiedergegebenes Telegramm vom 21. aus Alimusjid vom folgenden Tage nachstehende weitere Einzelheiten:

Da gestern keine Hoffnung auf das Eingreifen Macpherson's mehr da war, blieb nichts übrig, als das Unternehmen für die Nacht aufzugeben. Dem entsprechende Anordnungen wurden getroffen Appleyard's Vorhut der 3. Brigade, bestehend aus einer Abtheilung der 27. Infanterie-Brigade, war den steilen Abhang, der zu dem Gipfel auf der rechten Flanke des Feindes führte, so eifrig hinaufgestürmt, daß Aussicht auf Erfolg entstand; aber Major Birch, der den tapferen Trupp befehligte, stieß auf mehrere hintereinanderlaufende Verschanzungslinien, die von den Afghanen besetzt waren, und bei Einbruch der Nacht erreichte ihn der Befehl, das unmögliche Bemühen aufzugeben und auf seine Reserven zurückzufallen. Auf diesem Rückzuge ward die Abtheilung arg mitgenommen. Major Birch selbst sowie ein Lieutenant wurden getödtet, ein anderer Lieutenant verwundet; ein gleiches Schicksal erfuhren einige Dutzend Sepoys, sowie 4 Mann von Manderson's Batterie.

Nachts wurden Anstalten zur Verstärkung unseres linken Flügels getroffen, der gestern am besten gefahren war. Major Cavagnari erhielt Nachricht, daß die Besatzung von Alimusjid von Tytler's Eintreffen in ihrem Rücken gehört habe und im Räumen begriffen sei. In der Morgendämmerung waren nur noch einige Flaggen und wenige Leute bei den Werken sichtbar. Eine geraume Pause verstrich, während der ein Zusammenwirken der rechten und linken Flanke zu einem allgemeinen Vorrücken auf den Punkt, der die verlassenen afghanischen Zelte und die Geschütze im Flußthale unterhalb des Forts überschaut, zu ermöglichen war. Plötzlich sahen wir einen Reiter vom Fort aus sich nähern. Es war ein Offizier der 9. Lanciers, der, zum Rekognosciren ausgeritten, bereits einige Sepoys und zwei Offiziere im Besitze von Alimusjid angetroffen hatte und zurückkam, um Meldung abzustatten. Wir eilten augenblicklich den steilen Abhang hinab über den Strom hinüber und befanden uns in Alimusjid. Im Ganzen wurden 21 Geschütze und einige wenige Gefangene genommen. Die Truppen halten, um Rationen zu empfangen, doch soll Verbindung mit Tytler in Kheti Khesta weiter oben hergestellt werden, während wir dieses Ende des Engpasses besetzt halten. In den Häusern bei Alimusjid wurden, so meldet Forbes, einige Stunden nach Abgang des obigen Telegramms weiter aus Jumrood, einige 40 bis 50 Verwundete angetroffen. Die Besatzung war in aller Eile davongelaufen, Waffen und Proviant zurücklassend. Eine beträchtliche Anzahl Gefangener wurde gemacht Der General befindet sich jetzt im Zelte des afghanischen Befehlshabers. Es heißt, die Guiden hätten den letzteren gefangen, als er bei Kheti Khesta zu entwischen versuchte. Viel Feuern ward während des Morgens den Paß aufwärts in der Richtung nach Tytler's Brigade hin vernommen.

Provinzielles.

Stettin, 27. November. In der am 5. November cr. abgehaltenen Sitzung des „Stettiner Ornithologischen Vereins" gelangte eine Notiz aus der Versammlung der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft zur Kenntniß der Mitglieder, die das Interesse derselben in hohem Grade in Anspruch nahm und meistens große Verwunderung hervorrief. In den Verhandlungen der genannten Gesellschaft war nämlich wieder einmal der Vorschlag aufgetaucht, der Vermehrung resp. der Schädlichkeit der Feldmäuse durch Vergiftung mittelst gestreuten Phosphor- und Strichnin-Weizens entgegen zu treten. Obwohl zwar der schon oft verurtheilte Vorschlag von der ökonomischen Gesellschaft seiner Unzulänglichkeit und namentlich in Berücksichtigung des dadurch möglichen Schadens abgelehnt wurde, hat er doch dazu beigetragen, das in Rede stehende Verfahren wieder in Erinnerung zu bringen, ohne seine Nachtheile hinreichend aufzudecken. Der Ornithologische Verein erachtet es daher für nöthig, ganz ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß durch das Vergiftungsverfahren ein erheblicher Nachtheil entsteht, der sich zunächst bei den Feinden der Thiere bemerklich macht, auf deren Untergang es abgesehen ist bei der Vergiftung, die also direkt nützlich sind. Es versteht sich bei der großen Beständigkeit der gebräuchlichen Giftarten von selbst, daß das Gift auch dann weiter wirkt, wenn ein ihm zum Opfer gefallener Körper einem andern Organismus einverleibt wird. Der Fuchs oder die Eule, Krähe &c., die eine vergiftete Maus verschlingen, werden durch das Gift ebenfalls getödtet, wie mehrfache Beobachtung lehrt. Daß hierdurch ein erheblicher Schaden entsteht, liegt auf der Hand, wenn man erwägt, welche kolossalen Massen von Mäusen &c. gerade von diesen ihren natürlichen Feinden vertilgt werden. Ferner aber bringt das ausgestreute Gift auch den Bewohnern des Feldes, die wir mit allen Kräften zu schonen und zu pflegen bemüht sind und die dasselbe beleben und verschönern, nur zu häufig den Tod. Alle Körnerfresser, Finken, Ammern, Lerchen &c. werden leicht von den Wirkungen des verderblichen Giftes betroffen, zumal sie gerade in der Zeit, wo am häufigsten mit der Vergiftung vorgegangen wird, nämlich im Herbst bei der beginnenden Wanderzeit, in großen Schaaren über die abgeernteten Felder ziehen und hier Nachlese halten.

Wir hoffen, daß diese Auseinandersetzung genügen wird, ein derartig barbarisches, für die Landwirthschaft durchaus werthloses und daher von Fachmännern längst verurtheiltes Verfahren dauernd auch in unseren Gegenden verschwinden zu machen.

— Der „Berliner B.-C." schreibt: An der gestrigen Börse erregte ein Rückgang in den Aktien der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft das Interesse der Börse. Es waren darauf hin allerlei Gerüchte im Schwange, der Finanzminister habe plötzlich erklärt, er wolle für die Berlin-Stettiner Aktien nicht 5⅓ pCt. in preußischen Consols gewähren, sondern dieselben einfach auf 5⅓ pCt. abstempeln u. dgl. m. Es muß ein solches Gerücht um so unbegründeter erscheinen, als in den ja bereits zum Abschluß gelangten Verhandlungen stets nur von Gewährung von 5⅓ pCt., in preußischen Consols ausgedrückt, niemals aber von einer einfachen Abstempelung die Rede gewesen ist. Augenscheinlich ist es die Ungeduld, die hier und da zu Verkäufen führt und die auch den gestrigen Rückgang zur Folge hatte. Uebrigens tritt der Verwaltungsrath der Berlin-Stettiner Bahn am Freitag zu einer Sitzung zusammen.

— Die „Parole", das Organ des deutschen Kriegerbundes, meldet: Soeben geht uns die Nachricht zu, daß wahrscheinlich schon am 15. Dezember der „Abgeordnetentag" aller deutschen Krieger-Vereine, mit Ausschluß der baierischen, in Frankfurt a. M. stattfinden wird, auf welchem die große Vereinigung zum allgemeinen deutschen Krieger-Verbande geschlossen werden soll. Unmittelbar nach der geschehenen Vereinigung wird dann das Gesuch an Se. Majestät den Kaiser um Uebernahme des Protektorates gerichtet werden.

— Ein Restaurateur (Speisewirth), welcher eine Konzession zum Ausschank von Getränken nicht hat, darf, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 29. Oktober d. J., weder geistige noch sonstige Getränke, die auf der Stelle genossen werden und Gegenstand eines gewerbsmäßigen Verkaufes sind, wie Kaffee, Thee, Milch, Selterwasser u. dgl. mehr, verabreichen.

— Das Ober-Tribunal hat durch Erkenntniß vom 31. Oktober d. J. ausgesprochen, daß die Beleidigung vermittelst einer Korrespondenzkarte stets als eine „öffentlich" zugefügte zu betrachten sei, ohne daß es einer Feststellung bedarf, daß ihr Inhalt in Wirklichkeit von einem Dritten gelesen worden.

— Am Schullehrer-Seminar zu Cammin ist der Lehrer H. Rothe, zuletzt in Jerusalem, als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

— Die verehel. Maurergeselle Maskow, Fortpreußen 30 wohnhaft, fuhr am 23. d. Mts. nach Ziegenort; als sie gestern wieder zurückkehrte, fand sie aus ihrer verschlossenen Parterre-Wohnung aus verschlossener Komode 4 Thaler, eine silberne Cylinderuhr mit Kette im Werthe von 33 M. und eine Haarbürste mit Perlstickerei und aus gleichfalls verschlossenem Wäschespinde eine kurze goldene Uhrkette nebst Schlüssel im Werthe von ca. 30 M. und einen kleinen goldenen Ring im Werthe von 3 M. gestohlen.

— Im Forste bei Wolfshorst ist vor einigen Tagen ein großer Adler lebend eingefangen worden, welchen Herr Böttchermeister Kaddatz, gr. Lastadie, angekauft hat. Derselbe stellt das Thier jedem sich dafür Interessirenden bereitwillig zur Schau.

— In der Woche vom 17. bis 23. November sind hierselbst 23 männliche und 18 weibliche, in Summa 41 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 19 Kinder unter 5 und 8 Personen über 50 Jahr.

Fritzow bei Colberg, 23. November. Nachdem der Küster und Lehrer Maske zu Fritzow am 1. April d. J. nach 60⅓jähriger treuer und gesegneter Amtswirksamkeit in den Ruhestand getreten war, feierte derselbe am 22. d. M. zu Poldemin mit seiner würdigen Ehefrau im engsten Familien- und Freundeskreise seine „goldene Hochzeit". Der Pastor Klamroth zu Fritzow, dem derselbe lange Jahre amtlich und stets freundlich zur Seite gestanden hat, verlieh der Herzensstimmung des Jubelpaares: „Preis der Gnadenführungen Gottes in Freude und Leid", Worte und sprach über dasselbe am geschmückten Hausaltar den Segen des Herrn.

Literarisches.

ROUND ABOUT FRANCE, by E. C. Grenville: Murray (Ashers Collection of English Authors Vol. 145). Hamburg, 1878. Karl Grädener (Preis M. 1.50)

Diese geistreichen Skizzen der französischen Zustände während der jüngst entschwundenen Reaktionszeit bilden eine höchst beachtenswerthe Novität des bekannten Autors. In 46 Kapiteln entwirft der Verfasser äußerst anziehende Bilder über das heutige Frankreich in seinen politischen, finanziellen, literarischen, Preß- u. s. w. Beziehungen und verräth durch seine eingehenden Darstellungen die genaueste Vertrautheit mit den einschlägigen Verhältnissen. Die Kapitel über die Erinnerungen an Thiers, die vorzüglichsten Parlamentsredner, die Jesuiten, die französische Presse, die französische Armee, die bonapartistische Agitation &c. sind trefflich geschriebene Essays, welche manches neue Schlaglicht auf die heutigen Zustände Frankreichs werfen. „Round about France" kann bestens empfohlen werden.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 26. November. Der Kaiser unternahm auch gestern eine längere Spazierfahrt; für morgen steht abermals ein Besuch der Kaiserin in Aussicht. Die Abreise des Kaisers von hier ist auf nächsten Sonnabend Nachmittag 4 Uhr festgesetzt. Die Kaiserin, welche sich am Sonnabend von Koblenz aus zum Besuch des würtembergischen Hofs nach Stuttgart begiebt, wird am Abend dieses Tages mit dem Kaiser wieder in Karlsruhe zusammentreffen.

Wien, 26. November. Meldungen der „Polit. Korresp.":

Aus Konstantinopel vom 26. d. M.: Savfet Pascha hat dem hiesigen griechischen Gesandten die Zusicherung ertheilt, daß die türkischen Delegirten für die türkisch-griechische Grenzregulirungs-Kommission noch im Laufe dieser Woche ernannt werden würden.

In den von den russischen Truppen noch besetzten türkischen Ortschaften werden türkische Beamte nicht zugelassen.

Midhat Pascha, welchem die Pforte bedeutete, daß er auf seinen beabsichtigten kurzen Aufenthalt in Konstantinopel verzichten möge, ist in Beiruth eingetroffen.

Triest, 26. November. Die italienische Bark „Carmella", welche mit ca. 400 Faß Petroleum beladen war, ist in der Bucht von Muggio in Brand gerathen.

Paris, 26. November. Der ehemalige Deputirte und frühere Senator des Kaiserreichs, Baron Saint-Paul, ist gestorben.

Rom, 26. November. Der König und die Königin wurden auch gestern Abend bei ihrem Erscheinen überall mit den lebhaftesten Ovationen begrüßt. In einer gestern hier stattgehabten Versammlung von etwa 60 Senatoren ist beschlossen worden, zunächst das Ergebniß der Untersuchung in dem Prozesse gegen Passavanti abzuwarten und erst dann darüber zu entscheiden, ab es nothwendig sei, den König um Erlaß eines Dekretes zu ersuchen, durch welches der Senat als höchster Gerichtshof behufs Aburtheilung Passavantis den verfassungsmäßigen Bestimmungen gemäß konstituirt wird. — Gestern Abend hat im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ein Empfang der Mitglieder des diplomatischen Corps stattgefunden. — Heute wird hier eine Deputation aus Turin erwartet, welche dem Könige eine aus der Mitte der Bevölkerung hervorgegangene Adresse mit gegen 27,000 Unterschriften überreichen soll. Außerdem werden noch weitere Deputationen hier erwartet. — Die Untersuchung, welche wegen des bei der Banque nationale begangenen Diebstahls, dessen Objekt 2½ Millionen beträgt, eingeleitet worden ist, hat bis jetzt nichts ergeben, wodurch das Gerücht, diese Summe sei in die Hände von Internationalisten gefallen, bestätigt würde. Bei der in Florenz in dem Versammlungsgebäude der Internationalisten vorgenommenen Haussuchung sind verschiedene Verzeichnisse von Anhängern der Internationalen aufgefunden worden, zugleich auch ein Verzeichniß der Namen des Exekutivkomitees. An der Spitze des letzteren Verzeichnisses befand sich der Name eines sehr bekannten Advokaten, welcher mit dem Titel eines rechtsverständigen Berathers bezeichnet war. Ferner wurde ein zur Fabrikation von Kugeln eingerichteter Tiegel aufgefunden. Außerdem wurden mehrere Schriftstücke mit Beschlag belegt, unter welchen sich die Protokolle über die Versammlungen und die Rechnungsbriefe über die wöchentlichen Einzahlungen der Anhänger befanden. Auch wurde ein Protokoll darunter vorgefunden, in welchem über eine in der ganzen Verbindung angestellte Kollekte zu Gunsten eines verarmten Affilirten Bericht erstattet wird.

London, 26. November. Nach einer Meldung der hiesigen Agenten der Hamburg-amerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft hatte die „Pommerania" Newyork am 14. d. mit 37 Passagieren erster, 16 Passagieren zweiter und 95 Passagieren dritter Klasse verlassen, von denen 47 in Plymouth und Cherbourg gelandet wurden. Fünf weitere Passagiere schifften sich in Plymouth nach Hamburg ein.

Dover, 26. November. Nach weiteren Meldungen hatte der gesunkene Dampfer „Pommerania" 350 Personen an Bord, als er Newyork verließ; einige Passagiere waren in Plymouth gelandet worden. Der Schiffsarzt, der erste Ingenieur, der erste Wärter, sowie zwei Wärterinnen befinden sich unter den Ertrunkenen, eine Dame, Namens Hormann, und ein Herr, Namens Schneider, unter den Geretteten.

Kopenhagen, 26. November. Das Landsthing beschloß einstimmig, in die zweite Lesung der Vorlage, nach welcher die Insel St. Croix interimistisch von dem Beitrage zu den Staatsausgaben befreit werden soll, einzutreten. Die ehemaligen Minister Graf Frijs und Krieger sprachen sich unter allgemeiner Zustimmung der Kammer für den Anschluß an die Haltung der Regierung in den Westindien betreffenden Fragen aus und warnten vor einer parlamentarischen Kraftprobe in einer solchen durch unvorhergesehenes Unglück hervorgerufenen Angelegenheit.